

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend  
Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei  
im Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,  
„Der bessere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbelle“,  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer  
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgehaltene Annoncen-Preise (Preis) je Zeile oder deren  
Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung im  
selben Raum 10 Pf. Redaktionen: Finken- und Posten-Verlagsgesellschaft  
für Abz., Datenvermittlung und Verlegungsgesellschaft. Annoncen-Preise  
für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pf. Zeitungsabonnenten werden billiger  
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 149

Dienstag, den 13. Dezember 1932

25. Jahrgang.

## Neue Kämpfe in Sicht

Das nächste Ziel: Praktische Durchführung der Gleichberechtigung

### Das Genfer Ergebnis

Berlin, 13. Dezember.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat als-  
bald nach seiner Rückkehr von Genf dem Reichspräsidenten  
über die Genfer Verhandlungen Vortrag gehalten und im  
Anschluß daran dem Reichstanzler wie auch dem Gesamt-  
kabinett Bericht erstattet. Da der Außenminister während der  
Genfer Verhandlungen in dauernder telefonischer Verbin-  
dung mit Berlin geblieben ist, ist nicht daran zu zweifeln,  
daß das Reichskabinett seine Haltung auf der Genfer Fünf-  
mächte-Konferenz in vollem Umfange billigt. Am nächsten  
Freitag wird sich dann auch der Auswärtige Ausschuß des  
Reichstags mit der Genfer Einigung beschäftigen.

In Berliner politischen Kreisen wird das neue Gen-  
fer Abkommen als ein starker Erfolg der deutschen Ab-  
wehnpolitik gewertet, die Deutschland trotz aller Schwie-  
rigkeiten und Widerstände bis zu dem nunmehrigen Er-  
gebnis geduldig verfolgt hat. Die Reichsregierung, so betont  
man, hat jetzt erreicht, daß die deutsche Gleichberechtigung in  
der Abrüstung von den anderen Mächten grundsätzlich und  
effektiv anerkannt worden ist. Dieser Erfolg tritt um so här-  
ter hervor, wenn man berücksichtigt, daß Frankreich es noch  
im Juli abgelehnt hat, die Gleichberechtigung überhaupt nur  
zu diskutieren. Die Genfer Erklärung der fünf Mächte be-  
trachtet die deutsche Gleichberechtigung als Grundlag der Ab-  
rüstungskonferenz. Damit ist die Gleichberechtigung nicht  
wie es bisher der französische Standpunkt war, das spätere  
Ziel, sondern als grundlegendes Prinzip der Ausgangs-  
punkt aller weiteren Abrüstungsverhandlungen. Die Er-  
klärung geht aber auch noch den Schritt weiter, vom grund-  
sätzlichen zum praktischen Zustand, indem sie die Ent-  
schiedenheit der Mächte betont, darauf hinzuwirken, daß das  
Abrüstungsabkommen unverzüglich ausgearbeitet wird. Da-  
mit wird der früher geäußerten deutschen Befürchtung Rech-  
nung getragen, daß man versuchen könnte, einen positiven  
Ausgang der Abrüstungsverhandlungen immer weiter hin-  
auszuschieben.

Eine wesentliche Bedeutung der Genfer Erklärung liegt  
in der Tatsache, daß damit die Revision der Ent-  
waffnungsbestimmungen des Versailler  
Vertrages eingeleitet ist. Der Teil V des Versailler  
Vertrages kann nicht mehr als eine Sonderbestimmung  
gegen Deutschland gelten. Wenn Deutschland gleichberechtigt  
ist, daß muß die uns aufgeworfene Entwaffnung auch auf  
die übrige Welt angewandt werden. Dieser Teil des Ver-  
sailler Vertrages kann also nur insofern aufrechterhalten  
werden, als seine einzelnen Bestimmungen von allen an der  
Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten für sich selbst in  
Anwendung gebracht werden. Als besonders erfreulich ist  
schließlich noch zu unterstreichen, daß der Erfolg der deut-  
schen Bemühungen das Problem gleichzeitig für die anderen  
entwaffneten Staaten erfaßt, also auch für Deutsch-Oester-  
reich, Ungarn und Bulgarien. In der Erklärung wird aus-  
drücklich von „allen Staaten“ gesprochen.

Die Forderung, die wir im Sommer mit unserm Ab-  
zug von der Konferenz durchsetzen wollten, ist also jetzt in  
weitestem Maße erreicht worden. Damit ist eine wichtige Ro-  
tation gewonnen. Die Gegenseite hat erkannt, daß Ab-  
rüstungsverhandlungen mit Erfolg nicht ohne Deutschland  
geführt werden können! Immerhin bleibt der Kampf wei-  
ter problematisch. Man weiß, wie gering der Abrüstungs-  
wille der anderen ist; in deutschen Kreisen gibt man sich des-  
halb auch keinen Illusionen hin. Unser Ziel ist nicht die Auf-  
rüstung, sondern die Abrüstung, denn einen Rüstungswett-  
lauf muß Deutschland schon aus finanziellen Gründen zu-  
vermeiden suchen. Das ist angesichts unserer wirtschaftlichen,  
unserer Ertüchtigung und unserer privaten Verdienstsituati-  
on, diese Neuorientierung des Rüstungs-  
standes durch Abrüstung zu erreichen, ist die Aufgabe, mit  
der die deutsche Delegation im Januar nächsten Jahres wie-  
der in die Konferenz hineingehen wird. Sie hat durch die  
Gleichberechtigung ein Druckmittel in der Hand. Daß auf  
der Konferenz noch kritische Momente kommen, ergibt sich  
aus der ganzen Situation von selbst. Aber wir würden  
dann selbstverständlich die gleichen Konsequenzen wie im Juli  
ziehen, wenn der zu erwartende materielle Inhalt der Ab-  
rüstungskonvention, die bei günstigem Verlauf vielleicht im  
Frühjahr zustande kommen könnte, nicht dem jetzt von der  
Fünf-Mächte-Konferenz aufgestellten Grundlag der deutschen  
Gleichberechtigung entspricht.

Die Situation für uns liegt jetzt, nachdem die Anerken-  
nung der Gleichberechtigung erreicht ist, ähnlich wie bei dem  
Vertrag von Lausanne über die Reparationen. Es wäre  
denkbar, daß dieser Vertrag daran scheitert, daß der eine oder  
andere Staat ihn nicht ratifiziert; dann würde nicht eine  
Rückkehr zum Ausgangspunkt erfolgen, sondern es wäre nur  
eine neue Konferenz möglich. Ebenso würde bei einem Schei-  
tern der Abrüstungskonferenz nicht der Vertrag von Ver-  
sailles wieder in Kraft treten, sondern wir haben vielmehr  
auf der Grundlage der Gleichberechtigung alle Hände  
frei! Diese Lage ist auch deshalb gegeben, weil der Reichs-

ausgenommen jeden Versuch, das künftige Konferenzergeb-  
nis einzuschränken, abgelehnt hat. Inzwischen wird durch  
die vereinbarte Zusammenarbeit der fünf Hauptmächte ver-  
sucht werden, die Konferenz zu beschleunigen. Deutsch-  
land hatte im Sommer vergebens solcher Besprechungen  
angeregt, bisher sind sie aber nur von den anderen Haupt-  
mächten abgehalten worden. Die Gleichberechtigung hat uns  
aber jetzt vollkommen eingeschaltet.

Wie zu erwarten war, wird die Genfer Erklärung von  
einem Teil der Pariser Presse als ein „Sieg der franzö-  
sischen These“ bezeichnet, wonach die praktische deutsche  
Gleichberechtigung und die endgültige Bestimmung des deut-  
schen Rüstungsstandes von der vorhergehenden Schaffung  
des von Frankreich geforderten Sicherheitssystems abhängig  
seien. Demgegenüber ist zu betonen, daß Deutschland nicht  
nur weiter keine These vertreten wird, daß die Sicherheit  
durch die Abrüstung herbeigeführt werden muß, sondern es  
wird selbst unter diesem Titel eine Reihe von Forderungen  
anmeldet!

Faßt man das Ergebnis des deutschen Kampfes um die  
Gleichberechtigung zusammen, so muß man zu der Fest-  
stellung gelangen, daß ein sehr wesentlicher Fortschritt  
erzielt wurde. Nach dem Wegfall der Reparationen mit ihrer  
wirtschaftlichen und finanziellen Belastung Deutschlands soll  
nun die in Versailles festgelegte Rüstungslosigkeit unter den  
Nationen verschwinden. Damit ist die zweite Stütze des  
Friedensbittens ins Wanken geraten und auf dem Wege  
zur völligen Befreiung Deutschlands eine neue wichtige  
Etappe erreicht. Dabei darf man allerdings nicht vergessen,  
daß die theoretischen Zugeständnisse der Fünf-Mächte-Konferenz  
an der Entwaffnung Deutschlands vorerst nichts ändern und  
daß uns im kommenden Frühjahr noch harte Kämpfe um  
die praktische Anerkennung der Gleichberechtigung bevor-  
stehen.

### Das Echo der Einigung

Genf, 13. Dezember.

In den leitenden Kreisen des Völkerverbundes begrüßt man  
die Vereinbarung, mit der die Fünf-Mächte-Konferenz ihren  
Abbruch gefunden hat, mit sichtlicher Erleichterung. Die  
Lage der Abrüstungskonferenz hatte sich seit dem Fernblei-  
ben Deutschlands derart kritisch gestaltet, daß man, wie die  
Vertragsgesandten der letzten Tage deutlich zeigten, schlimmste  
Besorgungen hegte.

Die weitere Entwicklung denkt man sich in Genf  
so, daß die Reichsregierung sich nicht lange mit der theo-  
retischen Anerkennung der Gleichberechtigung aufhalten, son-  
dern auf der Grundlage des Genfer Communiqués in Kürze  
den Kampf um die praktische Anerkennung der deutschen  
Gleichberechtigung eröffnen wird.

Die Annahme der Fünf-Mächte-Vereinbarung durch  
Deutschland wird in Völkerverbündestreisen als ein letzter  
Versuch Deutschlands aufgefaßt, im Rahmen der Ab-  
rüstungskonferenz die Befreiung von Versailles und die  
praktische Anerkennung der Gleichberechtigung zu erreichen.  
Unter diesen Umständen erwartet man große und außer-  
ordentlich scharfe Kämpfe in den Verhandlungen des Haupt-  
ausschusses. Beginnend dürfte diese Kämpfe Mitte Januar.  
Die nächste Sitzung des Hauptausschusses dient lediglich der  
Kernsinnahme der Fünf-Mächte-Vereinbarung.

### Auslandstimmen

„Teil V des Versailler Vertrages: Staub und Asche.“

Die grundsätzliche Anerkennung der deutschen Gleich-  
berechtigung in der Fünf-Mächte-Besprechung in Genf wird  
von der gesamten Presse des In- und Auslandes als ein  
bedeutungsvolles Ereignis gewürdigt und auf seine Tragweite  
hin untersucht. Bezeichnend ist dabei eine Neuerung der dä-  
nischen Zeitung „Politiken“, in der es heißt: Teil V des  
Versailler Vertrages, der die deutsche Entwaffnung betrifft,  
sei mit der Vereinbarung der Fünf-Mächte-Besprechung  
Staub und Asche.

Im Vordergrund des Interesses steht natürlich die Auf-  
nahme der Genfer Vereinbarung in der französischen  
Presse. Zufrieden mit diesem Ergebnis ist in der Haupt-  
sache die sogenannte offizielle oder regierungsfreundliche Presse,  
während die anderen Zeitungen sich kritisch und einige sogar  
stark ablehnend äußern.

Die Agentur Havas spricht von einer „guten Operation für  
Frankreich“. Der „Petit Parisien“ nennt die Zurückführung Deutsch-  
lands auf die Konferenz ein Ereignis von allererster Bedeutung.  
„Deuxième“ äußert sich weniger zuversichtlich dahin: Bei der gegen-  
wärtigen Lage ist die beste Verhandlung wohl die, deren Ergebnis  
von jeder Partei als Sieg ausgelegt werden kann. „Excelsior“  
meint, die französischen Unterhändler würden noch harte Kämpfe  
zu bestehen haben, damit die Gleichberechtigung nicht zur einseitigen  
Abrüstung Frankreichs werde, und damit Deutschland nicht un-  
-

tiert und ohne Garantie für seine Nachbarn aufrücken könne.“  
„Matin“ erklärt, daß das Ergebnis das Aufgebot von einigen tau-  
send Sachverständigen und wenigstens drei Dutzend Regierungschefs  
nicht zu rechtfertigen scheine. Der sozialistische „Populaire“ be-  
achtet wohl die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz, warnt aber  
vor Illusionen über deren Ausgang, da die Fünf-Mächte-Konferenz  
auf die „berühmte“ Sicherheit anspiele, hinter der der französische kon-  
struktive Plan stehe, und dieser Plan sei nicht dazu angetan, das  
Abrüstungswort zu erleichtern. „Figaro“ ist davon überzeugt, daß  
Deutschland dem Abkommen nur beigetreten sei, weil es insgeheim  
allerhand Versprechungen erhalten habe. „L'Ordre“ ruft aus:  
„Wieder einmal hat Deutschland die Partie gewonnen. Unsere

Vertreter haben die Sicherheit Frankreichs geopfert!“ Ebenso schlägt  
auch das „Echo de Paris“ Alarm. Die Bewilligung der Gleich-  
berechtigung sei einer der Grundpfeiler der Konferenz geworden, also  
Ausgangspunkt. Dagegen sei die Sicherheit nur noch eine sehr  
zweideutige Definition, Schlüsselpunkt. Diesen Preis habe die Ber-  
liner Regierung gefordert und erhalten.

Die englische Presse äußert sich größtenteils zustim-  
mend so spricht ein Blatt von einem „Weihnachtsgeschenk  
in der Abrüstungsfrage“. Uebereinstimmend loben die Lon-  
doner Blätter die Vermittlungstätigkeit des englischen Mi-  
nisterpräsidenten Macdonald.

„Times“ beglückwünscht alle Staatsmänner zu der Einigung  
und sagt, in Europa könne keine Politik Aussicht auf Erfolg haben,  
wenn Deutschland auf der einen Seite der durch den Krieg ge-  
schaffenen Kluft und die anderen Mächte auf der anderen Seite  
stünden. Die Zustimmung Deutschlands sei insofern ein deutlicher  
Akt des Entgegenkommens, als die Formel nicht festlegte, was mit  
Gleichberechtigung gemeint sei. „Daily Telegraph“ wirft die Frage  
auf, wie weit nun die Abrüstungskonferenz gehen werde. „Daily  
Express“ spricht von einem Siege Deutschlands in Genf. Die  
„News Chronicle“ bezeichnet die Lösung als einen „endgültigen  
Triumph des gefunden Menschenverstandes“. Die Rückkehr Deutsch-  
lands werde den Abrüstungsverhandlungen sicherlich einen neuen  
Auftrieb geben.

Zustimmend äußern sich auch die italienischen  
Zeitungen. Nach dem „Popolo d'Italia“ erhielt Deutschland  
eine Genugtuung, die weit über die rein moralische Genug-  
tuung hinausgehe, die seinerzeit Dr. Brüning in Genf ver-  
langt habe und die von Tardieu verweigert worden sei.  
Weiter verweisen die italienischen Zeitungen auf die Unter-  
stützung der deutschen Forderungen durch Mussolini.

### Die Beurteilung in Deutschland

Von den deutschen Zeitungen schreibt der nationalsozia-  
listische „Völkische Beobachter“ zu der Genfer Ein-  
gung, jetzt beginne erst der Kampf um die wirtschaftliche Gleich-  
berechtigung. Schon die nächsten Beratungen der Ab-  
rüstungskonferenz würden zeigen müssen, ob es Neurath ge-  
linge, diese Anerkennung in den tatsächlichen Beratungen  
abzuleiten durchzusetzen und zu der erwartenden französischen  
Abteilungsänderung zu durchbrechen. Der zweideutige Wort-  
laut der Entschiedenheit gebe jedenfalls den französischen Aus-  
legungsfällen volle Auswirkungsmöglichkeit und verpflichte  
den deutschen Vertreter zu höchster Bereitschaft. Der Ber-  
liner „Angriff“ spricht von einem harten Kompromiß und  
äußert Bedenken.

Von den rechtsstehenden bürgerlichen Blättern bezeichnet  
die „Deutsche Zeitung“ es als bedenklich, daß die jetzt  
erstmals erfolgte Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung  
im Zusammenhang mit den französischen Sicherheits-  
forderungen genannt wird. Die „Deutsche Tageszeitung“  
erklärt in der Genfer Einigung einige neue An-  
lagen und Ausgangspunkte; die entscheidenden Streitfragen aber  
seien ungelöst geblieben. Der deutschnationalistische „Völk-  
ische Anzeiger“ meint, es bleibe zu fragen, ob nicht bei wei-  
terem Widerstand der deutschen Delegation noch mehr zu er-  
reichen gewesen wäre. Die „Börsenzeitung“ hält es  
für einen Erfolg, daß die Gleichberechtigung Deutschlands  
nicht mehr ein Ziel, sondern ein Grundlag der Abrüstungs-  
konferenz ist. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“  
warnt davor, aus der Genfer Formel einen Sieg der deut-  
schen Politik und den Anbruch der Freiheit für unsere Na-  
tion zu machen. Was von Neurath nach Hause bringe, sei  
ein Wechsel auf die Zukunft.

Die „Germania“ (Zentrum) schreibt, zu einem vor-  
zeitigen Jubel bestehe kein Anlaß. Eines aber sei schon  
heute unüberdunkellich fest: Die einseitigen Entwaffnungs-  
bestimmungen sind erledigt.

Die „Börsenzeitung“ spricht von einem neuen  
Start der Abrüstungskonferenz. Das „Berliner Tage-  
blatt“ meint, es wäre nicht ganz ausgeschlossen, daß die  
Genfer Formel auf den Weltmarkt als zwei Jahren so hart  
geforderten Ader der Verhandlungspolitik auflockern  
würde. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ nennt das Er-  
gebnis der Fünf-Mächte-Konferenz eine Verminderung der  
internationalen Spannungen, insbesondere zwischen Deutsch-  
land und Frankreich.



# Beratung der Winterhilfe

Minister-Rede im Haushalts-Ausschuss des Reichstags.  
Berlin, 13. Dezember.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags beschloss sich mit den in der Vorwoche vom Sozialpolitischen Ausschuss behandelten Vorschlägen zur Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk legte den Standpunkt der Reichsregierung dar und betonte dabei, eine Mehrausgabe, wie sie mit den meisten Vorschlägen verbunden sei, könne ohne Sicherstellung der Deckungsmittel nicht gemacht werden.

In diesem Zusammenhang bezeichnete der Minister die Deckungsvorschläge der Sozialdemokraten als optimistische Schätzungen. Interessant sei ein Vorschlag der Nationalsozialisten, nach dem die Landwirtschaft ihre Steuerzuschüsse in Naturalien leisten soll. Verluste dieser Art, die in Oldenburg gemacht worden seien, hätten aber kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Trotzdem könne man diesen Gedanken nicht rundweg ablehnen.

„Die Reichsregierung“, so führte der Reichsfinanzminister dann weiter aus, „kennt die große Not und ist gewillt, ihr im Rahmen des finanziell Möglichen entgegenzutreten. Vor allem aber gilt es jetzt, die Gemeinden über Wasser zu halten. Mit den 80 Millionen, die das Reich den Gemeinden zuweist, trägt es bereits 85 Prozent der Wohlfahrtsverwaltungsbedürfnisse. Wie sollen die Gemeinden, angesichts der Notwendigkeit, ihre Wohlfahrtsverwaltungsbedürfnisse zu decken, gehindert werden, ihnen etwa sonst noch zugehende Mittel nicht für die Winterhilfe, sondern für die Deckung ihres Finanzbedarfs zu verwenden?“

Hauptlast für die Reichsregierung sei, den Erwerbslosen Arbeit zu schaffen. Das sieht die Regierung als ihre entscheidende Aufgabe an. Daher solle der Ausschuss nichts Unmögliches von der Regierung verlangen.

Zum Schluss seiner Ausführungen teilte der Minister noch mit, daß die Vergabe vom 1. Januar 1933 ab wieder auf den alten Satz von 3,80 Mark erhöht werden sollte. Ein Mehraufkommen ergebe sich daraus aber nicht, da diese Ausgabe im Haushalt mit 13 Millionen angesezt sei und höchstens 7 Millionen auskommen würden. Eine Verringerung des Spritbeimischungsquotas würde wohl im Haushaltsjahr 1932 etwa 5-6 Millionen mehr ergeben, dafür aber den Zusammenbruch der Brenneren und den Ausfall ihrer Steuern nach sich ziehen.

## Lebensmittel als Winterhilfe

In der Abstimmung erhielt die vom Sozialpolitischen Ausschuss vorgeschlagene Entschliessung über die Winterhilfsaktion eine etwas geänderte Fassung. Der Haushaltsausschuss erwidert danach die Reichsregierung, „alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachtswinterhilfe gewährt wird und dabei folgende Forderungen zu berücksichtigen:

Für den Winter 1932/33 wird für alle Arten Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten eine zuzuführende Winterhilfe geschaffen. Ihre Durchführung wird den Gemeinden übertragen. Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Lieferung mit solchen Naturalien (z. B. Brot, Kohlen, Kleingeldscheinen), mit denen je nach den örtlichen Verhältnissen der Notlage am besten gesteuert werden kann. Sie darf nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen.

In den Monaten Dezember bis April sind für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt zu liefern:

Zwei Kilogramm Brot wöchentlich, 20 Zentner Kohlen, 1/2 Kilogramm Fett wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als drei Köpfen entsprechend höher, bei Ledigen entsprechend niedriger zu bemessen.

Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe, von der auch die Alleinlebenden nicht ausgeschlossen werden dürfen, stellt das Reich den Gemeinden zur Verfügung. Diese Reichsmittel dürfen für andere Zwecke der Wohlfahrtspflege weder vom Reich verednet, noch von den Gemeinden verwandt werden.

Annahme fand weiter der nationalsozialistische Antrag, den Landwirten, dem gewerblichen Mittelstand und dem Kohlenbergbau die Möglichkeit zu geben, rückständige

Steuern abzugelten durch Naturallieferungen zur Winterhilfsaktion.

Schließlich wurde mit Mehrheit eine vom Zentrum eingebrachte Entschliessung angenommen. Darin wird die Reichsregierung ersucht, in einem zweimonatigen Programm in eine praktische Winterhilfe einzutreten, die neben der Sicherung der Zahlungen für die Wohlfahrtsverwaltungsbedürfnisse in den Gemeinden und neben der Arbeitsbeschaffung, die Wintermonate durch besondere Maßnahmen zu überbrücken suchen soll, und zwar soll die Reichsregierung die von ihr vorzunehmende Arbeitsbeschaffung beschleunigen und die Sicherstellung der Gemeinden für die Leistungen der Wohlfahrtsverwaltungsbedürfnisse gewährleisten.

## Aussprache über Preußen

Empfang Görings und Kerlts durch den Reichspräsidenten.  
Berlin, 13. Dezember.

Reichspräsident von Hindenburg empfing in Gegenwart des Reichsministers von Schleier den Präsidenten des Reichstags, Göring, und den Präsidenten des Preussischen Landtags, Kerl, zu einer Besprechung über die weitere Behandlung der Frage Reich-Preußen.

Wie verlautet, ist die Initiative zu dieser Besprechung vom Reichspräsidenten Göring und Landtagspräsidenten Kerl ausgegangen. Ueber den sachlichen Inhalt der Aussprache ist Vertraulichkeit vereinbart worden, so daß an den unterrichteten Stellen Einzelheiten nicht zu erfahren sind.

## Die Zahlung an Amerika

Lehter Notenwechsel. — Auseinandersetzungen über die Bedeutung der Zahlung.  
London, 13. Dezember.

In der Frage der Dezemberraten der Kriegsschulden haben England und die Vereinigten Staaten nochmals Noten gewechselt, deren Zweck der war, die eigene Ansicht der anderen Regierung aufzuzwingen. Erreicht wurde dieses Ziel nicht, vielmehr haben beide Regierungen in den neuen Noten nur nochmals den bisher eingenommenen Standpunkt bekräftigt.

So sagt die englische Regierung in ihrer Note, sie bemerke mit Genugtuung, daß die amerikanische Regierung mit der Anregung einverstanden sei, die Kriegsschuldenfrage gründlich zu prüfen. England bleibe hier bei der Auffassung, daß keine andere Lösung als der Zahlungsaußschuß die Transfer-Schwierigkeiten beseitigen könne und stelle daher mit tiefem Bedauern fest, daß die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen hat, diese Lösung dem Kongress nicht zu empfehlen.

Im Hinblick auf diesen Beschluß der amerikanischen Regierung habe die englische Regierung sich entschlossen, den am 15. Dezember fälligen Betrag zu zahlen. Aus den bereits zur Kenntnis gebrachten Gründen lie die britische Regierung davon überzeugt, daß das System der zwischenstaatlichen Kriegsschuldenzahlungen, wie es vor der Hooverischen Initiative vom 20. Juni 1931 bestand, nicht wieder aufgenommen werden könne, ohne daß dadurch großes Unheil angerichtet würde. Vom Standpunkt der britischen Regierung sei daher die Zahlung vom 15. Dezember nicht als Wiederaufnahme der Jahreszahlungen nach der bestehenden Vereinbarung anzusehen. Die britische Regierung schlage vor, die Zahlung vom 15. d. M. als Kapital-Zahlung zu behandeln, die bei einer Schlussregelung zu verrechnen wäre, und sie treffe Vorbereitungen, diese Zahlung in Gold zu leisten, da diese Regelung nach den derzeitigen Umständen für die britische Regierung die am wenigsten nachteilige sei.

Dieses Verfahren sei unvermeidbar außergewöhnlich und abnorm, und die britische Regierung möchte die amerikanische Regierung daher dringend auf die Wichtigkeit eines baldigen Meinungsaustausches hinweisen, damit die Diskussion über die Angelegenheit vor dem nächsten Zahlungstermin, dem 15. Juni 1933, geschlossen und die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruches der bestehenden internationalen Abkommen vermieden werden könne.

In der Antwortnote des Staatssekretärs Stimson wird zum Ausdruck gebracht, daß die amerikanische Regierung die britische Erklärung, daß die Zahlung am 15. Dezember nicht als Wiederaufnahme der regelmäßigen Zahlungen betrachtet werden sollte, als unzulässig ansehe. Der Schatzminister habe keine Autorität, Kriegsschuldenab-

lungen anzunehmen, außer in der Weise, wie es im Zahlungsabkommen vorgesehen sei. Die Regierung der Vereinigten Staaten nehme daher an, daß die englische Regierung mit der obigen Bemerkung nur ihre Ansicht bezüglich der Schritte darlegen wolle, die sie nach erneuter Prüfung des ganzen Problems vielleicht wünschen werde, vorzunehmen.

## Goebbels mißbilligt „Angriff“-Kommentar

Berlin, 13. Dezember.  
Der „Angriff“ veröffentlicht folgende Erklärung des Berliner Gauleniers Dr. Goebbels: „Im Kommentar des „Angriff“ vom 9. Dezember 1. Ausgabe zu dem Urlaub des Hg. Strasser waren einige lautiöse Bemerkungen enthalten, die nicht meine Billigung fanden. Da ich am ganzen Tage vom frühen Morgen an im Reichstag beschäftigt war, habe ich sie erst zu Gesicht bekommen, als sie schon gedruckt waren und sofort veranlaßt, daß sie in der zweiten Ausgabe waghieben. Dem dafür verantwortlichen Schriftleiter habe ich eine scharfe Rüge erteilt. Die in der gegenwärtigen Ausgabe vorfindlichen politischen Kommentare gehen davon aus, mit vor allem, inwieweit sie meine Person betreffen, von solchen Voraussetzungen aus und sind in jeder Beziehung irrig. Ich betone, wie so oft schon, nun noch einmal zu allem Überfluß, daß ich in der Partei keine besondere Richtung vertritt. Es gibt bei uns überhaupt nur eine Richtung, und das ist die, die der Führer bestimmt.“

## SL-Mann erschossen aufgefunden

Schwerin, 13. Dezember.  
In der Nähe der Ortschaft Kischelsdorf wurde ein SL-Mann in voller Uniform auf der haufte als Leiche aufgefunden. In der Nähe der Leiche befand sich ein Revolver. Die Leiche selbst wies einen Schuß in der Schale auf. Soweit bisher festgestellt werden konnte, handelt es sich um einen SL-Mann aus Sievershagen.

## Blutbad an der Ostgrenze

Litauische Räuber überfallen ein ostpreussisches Gefährt und ermorden drei Personen.  
Stallupönen (Ostpreußen), 13. Dezember.

Am Sonntag früh wurde das alleinsehnende, in der Nähe der litauischen Grenze liegende Gefährt des Landwirts Kuch, Altbau Komelken, von Räubern überfallen. Die fünfjährige Tochter des greisen Besitzers erbeutete wurde im Stall beim Füttern überfallen und durch mehrere Schüsse getötet. Die Täter drangen dann in das Wohnhaus ein und töteten hier durch einen Kopfschuß den Landwirt Kuch, der sich gerade beim Anziehen befand. Frau Kuch verlor sich auf, und noch in die Küche zu flüchten, wurde aber in unmittelbarer Nähe der Tür ebenfalls niedergeschossen. Im Haus fand sämtliche Behälter durchwühlt worden. Als einer der Täter kommt ein litauischer Arbeiter in Frage, der flüchtig ist. Ein Arbeiter kummelt in Komelken wurde festgenommen, da er im Verdacht steht, gemeinsame Sache mit dem Täter gemacht zu haben.

## Mord im Vogtland

Die Frau eines Lebensmittelhändlers erschossen.  
Plauen, 13. Dezember.  
Ein bestialisches Verbrechen wurde in der Ostvorstadt verübt. Dort wurde die 61-jährige Ehefrau des Lebensmittelhändlers Höfer durch mehrere Schüsse in die rechte Halsseite getroffen. Nach der Tat haben der oder die Täter etwa um 10 Uhr aus dem Laden entwichen. Weiter wurden in dem neben dem Laden gelegenen Schlafzimmer und im Badezimmer sämtliche Behälter durchwühlt, wobei noch weitere 90 Mark gestohlen wurden. Als der Ehemann der Ermordeten kurz vor Mitternacht nach Hause kam, fand er seine Frau im Laden tot auf.

## Wächter von Einbrechern erschossen

Mitau, 13. Dezember.  
In der Nacht fanden Polizeibeamte in dem Garten einer Villa einen Beamten des Überwachungs- und Sicherheitsdienstes schwer verletzt auf, der kurz darauf starb. Der Wächter hat offenbar Einbrecher überrascht, von denen er niedergeschossen wurde.

WOLFGANG MARKEN:

# KARL der Kleine

VERBODEN-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU  
(20. Fortsetzung.)

„Sieben Millionen... und Marl! Ich weiß von einer anderen Ziffer, die mir wahrscheinlicher ist: Siebzehn Millionen Pfund! Die Summe ist eher zu klein, als zu groß.“ „Unglaublich! Aber meinetwegen, Geld ist ein Artikel, der kein Interesse für mich hat.“ „Ich verstehe, denn Sie sind selbst sehr begütert und haben es nicht nötig, auf fremde Vermögen zu achten.“ „Dante! Es langt für mich, Mister Haterton.“

Der Bankier war mit seiner Tochter zur Ruhe gegangen. Thomas hatte sich zu Karl in die Rauchtabelle gesetzt. „Mensch, Thomas... was sagst du nun? Haterton kennt mich!“ empfing ihn Karl. Der Freund war verblüht. „Der Teufel soll den Paf holen!“ schimpfte Karl. „Ausgerechnet ein Colleani muß mir dieser fragwürdige Doktor anhängen. Ich habe keine Ahnung, wer dieser Colleani, der mein Vater sein soll, ist. Scheinbar steht er in Neuport in keinem guten Geruch. Wenn wir in Pernambuco sind, muß ich mich sofort über ihn erwidern.“ „Am Ende belügst dich dein lieber Vater einmal!“ uzte Thomas.

„Wir werden uns vertrieben. Ich habe keine Lust, in die Dessenlichkeit gezogen zu werden.“ Kapitän Schulte trat ein und begrüßte Karl und Thomas, die die letzten Besucher des Rauchzimmers waren.

„Wenn Sie erlauben, werde ich mich ein wenig zu Ihnen setzen, meine Herren!“

„Bitte, mit Vergnügen, Herr Kapitän!“

„Dante! Bekam Appetit auf eine Zigarre. Abends schmeckt es am besten. Ist famos, daß man mit Ihnen Deutsch reden kann. Machen Sie Ihre erste Fahrt?“

„Ja! Sie ist uns ein herrliches Erlebnis!“

„Ich glaube es! Fahren Sie aber ein halbes Duzendmal, wie zum Beispiel Mister Haterton, dann wird Ihnen selbst diese große Reise zur Gewohnheit werden.“ „Sagen Sie, lieber Herr Kapitän, wer ist dieser Mister Haterton?“

„Den kennen Sie nicht?“ wunderte sich Kapitän Schulte. „Nein!“

„Haterton ist ein New Yorker Bankier, wohl der einzige Privat-Großbankier Amerikas, der es sich noch erlauben kann, auch einem Morgan Paroli zu bieten. Er hat aus seinem Unternehmen keine Aktiengesellschaft gemacht, es gehört ihm allein. Jetzt verhandelt Morgan mit ihm wegen eines Zusammenstoßes in den großen Bankentzern.“ „Sehr interessant! Wette Tochter hat er!“

„Gefällt Ihnen wohl?“ lachte der Kapitän. „Hübsches Mädel, was? Aber nehmen Sie sich vor ihr in acht! Verdammte launenhafter Rader!“

„Ich habe keine Abfichten, Herr Kapitän!“

„Uebrigens... Sie kommen von Berlin. Haben Sie sich zufällig das Engländerpiel angesehen?“

„Ja, das habe ich!“

„Na, was sagen Sie dazu? Ich war ganz toll vor Freude. Diese Bolle-Mannschaft schlägt die beste englische Mannschaft 5:1. Was waren denn die Engländer so leicht, oder wie kam das?“

„Die Engländer waren sehr gut, aber die englische Heberlegenheit im Fußball ist ein Märchen. Das war einmal. Deutschland spielt einen genau so guten Fußball, und deutsche Mannschaften sind Kampfmannschaften, die alles einlegen.“

„Die Bolle-Est muß aber doch überragende Klasse sein!“

„Ja, sie ist jetzt erstklassig, hat aber durchaus keine Heberlegenheit. Vor großes Blut sind nur die prachtvolle Geschwindigkeit und Ruhe. Die einzelnen Spieler haben keinen Ehrgeiz, durch technische Wägen zu glänzen, aber Nerv befehen sie alle wie selten eine Mannschaft. Nerv ist die Hauptache!“

„Sehr richtig! Nun, Sie werden ja in Südamerika Gelegenheit haben, ausgezeichnete Mannschaften zu sehen.“

„Ich werde die guten Spiele nicht veräumen. Ich liebe den Fußballsport.“

„Ach, jeder Sport ist schön! Man muß nur mit Interesse mitgehen.“

„So ist es, Herr Kapitän! Wann werden wir übrigens in Pernambuco landen?“

„Wir haben Glück mit dem Wetter. Ich denke, daß wir es in siebzehn Stunden schaffen und Pernambuco Donnerstagabend fahrplanmäßig erreichen.“

„\* \* \*

„\* \* \*

„\* \* \*

Mr. Haterton schloß sich am nächsten Tage sehr an Karl an. Thomas, der im Englischen noch nicht so zu Hause war, spielte mehr eine passive Rolle.

Karl aber sprach wie ein Engländer, so daß Thomas ihn im stillen bewunderte.

Grüßte vorurteillos Karl sehr, der ihr aber mit gleichbleibender Freundlichkeit begegnete, ohne auf den gemühten Fikt einzugehen.

Karl hatte kein Interesse daran. Er wollte sich möglichst bald von den Hatertons trennen, denn sie brachten ihn am Ende noch in Verlegenheit. Er mußte untertauchen. Der gewünschte falsche Paf ärgerte ihn. Er fürchtete, daß ihm daraus Ungelegenheiten erwachsen könnten und konnte das Eintreffen in Pernambuco kaum erwarten.

Haterton lud Karl Große als Alfredo Colleani ein, ihn doch einmal zu besuchen, und Karl versprach es, sobald er in Neuport sei.

Da entfaun sich Grü plötzlich eines entfernten Verwandten, der in Montevideo lebte und erklärte ihm Vater: „Pa...“

„Ich fahre nicht mit dir nach Neuport.“

„Wo willst du denn bleiben, Grü?“

„Ich fahre zu Bouffens nach Montevideo.“

„Mama erwartet dich aber!“

„Ach, Mama ist das gewöhnt. Daß ich hin und wieder für mich herumtrotze!“

„Aber Kind... begleite mich doch bis Neuport und sage Mama wenigstens guten Tag. Du kannst ja dann, wenn du es durchaus willst, mit dem Zeppelin nach Pernambuco zurückfahren.“

„Das will ich tun!“ Sie wandte sich an Karl. „Mister Colleani. Sie reisen doch, wie ich von Mich Colleani hörte, nach Montevideo?“

„Ganz recht!“

„Werden Sie dort bleiben?“

„Nicht lange! Mich reizt es, in das Innere des Landes einzudringen.“

(Fortsetzung folgt.)



Glänlicht an Bahnübergängen

Um die Verkehrssicherheit an den Kreuzungen der Eisenbahnen mit den Landstraßen zu erhöhen, hat die Reichsbahn mit der Reichsregierung eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit Kraftfahrzeugführern schon längere Zeit abgeschlossen. Nach dieser Vereinbarung sollen die Kraftfahrzeuge an den Bahndurchgängen durch die Bahnübergänge in der Weise verfahren, daß die Vorfahrtssignale an vollweiserer Erleuchtung sind und auch bei den Verkehrsverhältnissen in Deutschland eingeführt werden können. Vorläufig sollen in Deutschland rund 100 Eisenbahnübergänge mit Vorfahrtssignalen an Stelle von Bahnübergängen ausgestattet werden. Im Ausland werden optische Signale bei Bahnübergängen in größerer Anzahl verwandt.

Die neue Warnlichtanlage kündigt dem Fahrzeugführer die Kreuzung der Tag und Nacht schon aus größerer Entfernung in auffällender Weise durch optische Zeichen (Blinklicht) an. Sie zeigt dem Fahrzeugführer auch eindeutig, ob die Kreuzung von ihm ohne Gefahr befahren werden kann oder nicht. Die Blinklichtzeichen werden in doppelter Weise gegeben. Weißes Blinklicht sagt dem Fahrzeugführer, daß er die Kreuzung ohne Gefahr befahren kann, rotes Blinklicht, daß ein Eisenbahnzug sich der Kreuzung nähert und es vor der Kreuzung halten muß. Das rote Licht (Abstreichen) blinkt doppelt so schnell als das weiße. Da nicht aus farbenblinden Personen eine klare Unterweisung ermöglicht, auf jeder Seite der Kreuzung wird eine leuchtende Signallaterne aufgestellt. Der die Bahnstrecke fahrende Zug schaltet das rote Blinklicht ein und auch wieder. Das Einschalten geschieht so zeitig, daß ein auf der Kreuzung oder kurz davor befindliches Fahrzeug ohne Gefahr die Kreuzung passieren kann.

Im die Kreuzung auf größere Entfernungen hin auch  
nem ausnahmsweisen Verlagen der Lichtanlage kenn-  
zu machen, sind die Signallaternen mit einer rotweißen  
figen Umrahmung versehen. Darüber ist das bei unbe-  
teten Uebergängen übliche Warntreuz angebracht. Um-  
ung und Warntreuz sind „rückfahrend“ nach Art der  
alten Fahrradrückfahler, so daß sie auch bei Dunkel-  
sonders von den Führern von Kraftfahrzeugen gesehen  
werden können.

**3. Werbeveranstaltung.** Nachdem die diesjährige Wochensammlung eröffnet ist, konnte festgelegt werden, die Veranstaltung wiederum regstes Interesse der Bürger von Stadt und Land gefunden hat. Die Höflichkeit, die diejenigen von den vorausgegangenen Jahren treffen — ausgeführt im Siebertschen Baden an der Meeresküste — locken täglich viele Menschen heran und spricht sich lobend über die Anstrengungen des Vereins bezw. der darin zusammengeschlossenen Gutsleute. Wenn nun von verschiedenen Seiten angenommen wird, daß diese Preise nicht reiflos zur Verteilung kämen, das ein „falscher Irrtum“. Die Auslosung findet im Ausfluge von Stadtschloß Finken statt. Sodas die Garantie für einwandfreie Handhabung derselben gegeben ist. — Ganz falsch ist es allerdings, wenn geglaubt wird, die Nummern an den ausgefallenen Gewinnen seien die Glücksnummern. Das ist nicht der Fall. Die Nummern sind nur fortlaufend numeriert, damit sie der Öffentlichkeit und vor allem dem Werte nach zur Auslosung kommen. Wer sich also schon auf den Schinken oder die Gutsleute freut hat, wird, wenn er nicht gerade auf seine Nummer gewinkt, unangenehm enttäuscht werden.

— **Mütterberatung** am Donnerstag, den 15. Dez.  
mittags 9 Uhr in der alten Schule (Kirchplatz 128).  
Mütter mit ihren Säuglingen eingeladen. Be-  
trauerung kostenfrei.

**† Reichsfernsprechbuch.** Wie uns die Oberpostdirektion in Rassel mittheilt, werden 3. Zt. die Fernsprechteilnehmer von Wernern für ein Reichsfernsprechbuch befristet. Die Beseitigung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß sich bei dem Reichsfernsprechbuch nicht um ein gewöhnliches Unternehmung handelt. Von der Deutschen Reichspost wird alljährlich für jeden Oberpostdirektionsbezirk ein amtliches Fernsprechbuch herausgegeben, in das sich die betreffenden Fernsprechteilnehmer von Amts wegen einzutragen pflegen müssen. Diese Bücher werden jährlich neu aufgenommen werden, sofern für die Enttragung neuer als 3 Druckzeilen benötigt werden. Anträge auf Veränderung früheriger und Aufnahme weiterer Eingänge sind stets schriftlich an das zuständige Postamt zu richten.

- **Schlachtsteuer.** Die 8. Durchführungsverordnung zum Schlachtsteuergesetz vom 29. November ds. Js.

bringt eine Bestimmung, durch die der Begriff der Haus-  
schlachachtung wesentlich eingeschränkt wird. Eine steuerfreie  
Hauerschlachachtung liegt jetzt nur dann vor, wenn das Schwein  
mindestens vier Wochen lang vor der Schlachtung im  
eigenen Haushalt gezogen worden ist. Schweine, die von  
Privatleuten gekauft und sofort geschlachtet werden, fallen  
mit sofortiger Wirkung unter das Schlachttiersteuergesetz, das  
eine gestaffelte Steuer vorsieht. Schweine bis 75 Kg.  
kosten 6 Mk., bis 125 Kg. 8 Mk. und über 125 Kg.  
10 Mk. Steuer.

**2 Fahrpreismäßigung für Gesellschaftsreisen.**  
Die Fahrpreismäßigungen für Schulfahrten, Gesellschafts- und Jugendausflüge werden auch während des Reichstagesfestes gewährt. — Mit Wirkung vom 15. ds. Mts. fallen die Beschränkungen in der Zeit und Schnellzugbenutzung für Inhaber von Schülerfahrkarten, und Arbeiterkarten für Winnschiffer fort. Gegen Zahlung der tarifmäßigen Zuschläge können diese Züge nunmehr auch bei Entfernungen unter 75 Km. benutzt werden. Für Arbeiterwochenkarten kann die Benutzung dieser Züge in Eingefällen auf besonderen Antrag durch die Reichsbahndirektion gestattet werden. In diesem Falle kommt der tarifmäßige Zuschlag zur Gebühre.

[illegible]

**Selbstmord eines Reichsbankbeamten.** Der 31 Jahre alte Reichsbankbeamte Lothar Knappe in Berlin hat sich erschossen. Der Mann hatte Ende September, als er auf kurze Zeit den Kassierer vertreten mußte, einem Boten tausend RM zuviel herausgegeben. Alle Ermittlungen verliefen ergebnislos. Obwohl dem Betroffenen das verlorene Geld nur in ganz kleinen Monatsraten vom Gehalt abgezogen wurde, nahm er sich den Vorgang so zu Herzen, daß er ihn nicht überleben wollte.

**Überfall auf einen Arzt.** Der Berliner Arzt Dr. Leo Hirsch wurde am späten Abend von Verbrechern durch Telefonanruf zu einer angeblich verunglückten Frau in eine Laubenkolonie in Richtenberg hinausgelockt, dort auf ein samem Gelände überfallen und schwer verletzt. Die Banditen, die es auf den Raub seines Autos abgesehen hatten, wurden im letzten Augenblick durch Laubenkolonisten verschüdt und entkamen in der Dunkelheit. Die Kriminalpolizei konnte zwei der mutmaßlichen Täter festnehmen.

**Kraftwagenunfall des früheren Kultusministers Beder.**  
Der frühere Kultusminister Dr. Beder erlitt am Montag einen leichten Kraftwagenunfall. Am Südwesttor in Berlin mußte der Führer seines Wagens plötzlich einem Lastwagen ausweichen. Dabei kippte der Wagen um. Kultusminister a. D. Dr. Beder erlitt dabei eine leichte Nasenverletzung.

**Todessturz in der Dunkelheit.** In Straßund glitt der etwa 50jährige Aufseher Baumann bei einem Kontrollgang im Gaswerk am Kohlenaufzug in der Dunkelheit auf den wahrscheinlich vereisten Stufen aus und stürzte in den 18 Meter tiefen Schacht zwischen den beiden Kohlenöfen. Der Verunglückte war infolge mehrfachen Schädelbruchs sofort tot.

**Raubüberfall auf offener Straße.** In Frankfurt wurde in der Krögerstraße ein Kaufmann, der in einer Altentafel die Tageseinnahmen eines Lichtspieltheaters im Betrage von 800 RM bei sich trug, von zwei maskierten Räubern überfallen. Unter Bedrohung mit der Schusswaffe entrißfen sie dem Ueberfallenen die Altentafel und konnten unerkannt entkommen.

**Großfeuer in Mannheim.** In einer Bodenkammer des Hauses Krappmühlstraße 35 brach in der Nacht ein Feuer aus, das teilweise auf die darunterliegenden Wohnungen des

ausen Stadthaus übergen. Die zwei Kammern des Hauses sind ausgebrannt. Durch die großen Wassermassen werden die darunterliegenden drei Wohnungen mit zummen 15 Zimmern vollständig vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf etwa 30 000 bis 40 000 Mark.

Leibespaar läßt sich vom Zug überfahren. Auf der Halle-Halbterdäyer Eisenbahn bei Trafoa wurden die Leichen eines 23jährigen Mannes und einer 19jährigen Konzortistin aufgefunden. Es handelt sich um ein Leibespaar, das sich vom Zug hat überfahren lassen. Erst vor wenigen Tagen hatte sich an derselben Stelle zur gleichen Zeit ein Leibespaar überfahren lassen.

**Sprengstoffprozeß vor dem Böttcher Sondergericht.** Im Sondergerichtsbezirk Böttich wurden in den Nächten zum 9. und 10. August d. J. in 17 Böttichschaften über 60 Anschläge ausgeführt, bei denen Steine, Schußwaffen und Sprengstoffe verwendet wurden. In Verbindung mit diesen Terrorateten begann vor dem Böttcher Sondergericht ein Prozeß gegen sieben Angehörige der S. L., die des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz anaeßlich sind.

Tod auf den Schienen. Auf den Gleisen der Strecke Königsberg—Marienburg wurde zwischen den Bahnhöfen Döbbering und Seepöthen im Landkreis Königsberg eine stark verblutete Leiche gefunden. Nach den vorgefundenen Papieren handelt es sich um den Königsberger Studenten Paul Stüzenrad. Außerdem wurde in der Nähe des Bahnhofs Klein-Nuhr auf den Gleisen der Strecke Beblau—Friebland die Leiche des Försters Krause aus Grob-Nuhr gefunden.

[illegible]

Handball  
Forstschule — Hessen Prenken Juniorenmannschaft  
10:2

Am Sonntag weite die Junorenmannschaft von Heßens-Beuren Rassel bei den Förschule zu Gast, um ein Freundschaftsspiel auszutragen. Bei diesem Spiel konnte die Förschule einen überlegenen Sieg von 10:2 erringen. Die Förschule stellte heute eine Mannschaft auf den Platz, die einer Weikermannschaft nichts nachgeben hätte. Was bei diesem Spiel besonders zu erwähnen ist, war die große Disziplin, die bei beiden Mannschaften herrschte und an der man sich ein Beispiel nehmen kann.

**104** **Gebeßter Kaliabſaß.** Die Abruſe an Kalibildungen ſeitens der deutſchen Landwirthſchaft ſind im laufenden Fünfjahr bißher ſtärker als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dies iſt ein Beweis für die Ueberzeugung der Landwirthſchaft, daß gerade in ihrer auch gleichbedeutenden Lage eine ſachgemäße Düngung unumgänglich notwendig iſt, um nicht alle Möglichkeiten eines zutünftigen Wiederaufſiegs aus der Hand zu geben.

Dann geht es wie am Schnürchen. Nacheinander kommen Badewannen, Waschtische, Toiletten, Böden, Fenster, Türen, Glas, Porzellan, Kristall und alles Gerät zu einem Glanz, daß einem das Herz im Leibe lacht! Für wenige Pfennige eine strahlend saubere Wohnung in der halben Zeit wie sonst! Wenn die ganze Wohnung lacht, hat sie (MI) reingemacht!

Die schnellste Hilfe beim  
**Großreinemachen!**

Hergestellt in den Persilwerken.





## Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Enkels und die vielen Kranzspenden sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Pfarrer Oßendorf für seine trostreichen Worte im Hause und am Grabe und dem Krügerverein Spangenberg für das letzte Geleit.

Spangenberg, den 18. Dezember 1932.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Lisa Kerste.**

## Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag, den 15. Dezemb.  
vormittags 12 Uhr - sollen in  
Spangenberg

(Zusammenkunft im Ratskeller.)

- 1 Schreibschrank
- 2 volle Betten
- 1 Kleiderschrank

zwangsweise öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Meistungen den 18. 12. 1932.

Hoffmann, Obergerichtsoffiz.

## Chorverein

"Viersträßen"

## Donnerstag Abend

7/9 Uhr

## Gesangsstunde

Vollständiges Geschehen unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

**Apfelsinen, Weintrauben, Feigen**  
**Karl Bender.**

Mittwoch früh:



**Ia. Schellfische,  
Filet,  
Bücklinge,  
Sprotten  
Lachs  
Sardellen,  
H. Mohr.**

## Den Hauptgewinn zieht der, der bei uns kauft.

denn durch unsere billigen Preise sparen Sie eine Menge Geld.

### Backartikel.

|                           |                     |
|---------------------------|---------------------|
| feinst. Weizenmehl Auszug | 5 Pfd. Btl. 90 Pfg. |
| Tafelmargarine            | 1 Pfd. 28           |
| Nußbutter                 | 1 Pfd. 45           |
| Kokostett in Tafeln       | 1 Pfd. 28           |
| reines Schmelzmalz        | 1 Pfd. 48           |
| Ia. Backöl                | 1 Ltr. 46           |
| Ia. Salatöl               | 1 Ltr. 48           |
| Syrup                     | 1 Pfd. 28           |
| Kunstbrot                 | 1 Pfd. 40           |
| Biskuit                   | 5 Stck. 20          |
| Vanillepudding            | 1 Pfd. 40           |
| Kokostett                 | 1 Pfd. 110          |
| Süße Mandeln              | 1 Pfd. 80           |
| Haselnußkerne (beste)     | 1 Pfd. 58           |
| Süßholzwurzel             | 1 Pfd. 60           |
| feinste                   | 1 Pfd. 45           |
| Coriander                 | 1 Pfd. 35           |
| Puddingpulver             | 1 Pfd. 35           |

### Schlichtartikel.

|                       |                |
|-----------------------|----------------|
| Ia. schwarzer Pfeffer | 1 Pfd. 95 Pfg. |
| Ia. Nelkenpfeffer     | 1 Pfd. 90      |
| weißer Pfeffer        | 1 Pfd. 120     |
| Ia. Würstchen         | 5 Stck. 8      |
| Muskatnüsse           | 3 Stck. 10     |
| Kümmel                | 1 Pfd. 45      |

### Qualitätskonserven.

|                       |                     |
|-----------------------|---------------------|
| Kartoffeln geschälten | 2 Pfd. Dose 34 Pfg. |
| junge Schmittdübeln   | 2 Pfd. Dose 48      |
| Gemüse-Erbsen         | 2 Pfd. Dose 50      |
| junge Erbsen          | 2 Pfd. Dose 65      |
| Erbsen                | 2 Pfd. Dose 110     |
| Annas                 | 2 Pfd. Dose 120     |
| Eier-Schmittdübeln    | 1 Pfd. 44           |
| Eier-Fadennudeln      | 1 Pfd. 48           |
| Tafelreis             | 1 Pfd. 20           |
| grüne Erbsen          | 1 Pfd. 20           |
| weiße Bohnen          | 1 Pfd. 15           |
| neue Linsen           | 1 Pfd. 18           |
| Dörre Rinde           | 1 Pfd. 85           |
| Leberwurst            | 1 Pfd. Dose 55      |
| Handkäse Bodenfelder  | 10 Stck. 35         |
| Kohlkäse              | 1 Pfd. Dose 38      |
| Süße Apfelsinen       | 1 Stck. 6           |
| süßes Citronen        | 10 Stck. 40         |

Haselnüsse 1 Pfd. 34 Pfg. Walnüsse 1 Pfd. 34 Pfg.  
steht frisch ger. Kaffee 1/2 Pfd. 55, 60, 70, 80 Pfg.  
Jeder Kunde erhält ein Weihnachtsgeschenk.  
Beachten Sie unsere Schaufenster!

**Hess. Lebensmittelhaus.**

Inh. Stebenhausen u. Deisenroth.

Spangenberg

Markt

**Ia. Holländerheringe**  
**H. Mohr.**

**Ia. frische Bücklinge,  
Kieker Sprotten,  
Lachsheringe**  
**Karl Bender**

Schenkt praktisch

# Stoffe von Barth

sind die begehrten Gaben  
auf jedem Weihnachtstisch

Größtes Stoffhaus der Provinz / Kassel, Hedwigstraße 11

Vertretung und Musterlager bei

**Franz Müller / Spangenberg**

Burggasse

## Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Enkels sagen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank.

Besonderen Dank Herrn Pfarrer Oßendorf für seine trostreichen Worte im Hause und am Grabe und dem Männergesangsverein Viersträßen für das letzte Geleit.

Spangenberg, den 18. Dezember 1932.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

**Maria Nöding, geb. Siemon.**

## Weihnachtsgeschenke

in großer Auswahl

**H. Mohr.**

## KAUFEN SIE

sämtliche KLEINEISENWAREN von A-Z wie:

- Anwürfe
- Bänder
- Chubbvorhangschlösser
- Drahtspanner
- Einschieben
- Fallen
- Garlengeräte
- Hämmer
- Jäckchen
- Kaffeemöhlen
- Lötkolben
- Mauerkellen
- Nußhaken
- Ofenrohrringe
- Pfannen
- Quasten
- Riegel
- Schäufeln
- Türriegel
- Unterlegscheiben
- Vogelrollen
- Werkzeuge
- X-Hacken
- Zangen

NUR BEI

**GEORG KLEIN, EISENWAREN  
SPANGENBERG**

Sie genießen billige Preise

**Lebkuchen, Pralinen Schokoladen,**

in großer Auswahl

**H. Mohr.**

## Kaffee von Bender

steht frisch gebrannt und wohlgeschmeckend.

Bestimmt ein Genuß!

**Karl Bender.**

## Tafel- u. Kaffeeservice

zu günstigen Preisen.

**Karl Bender.**

## Öffentl. Aufforderung der Bürgersteuer 1933.

I. Die Stadt Spangenberg erhebt für das Kalenderjahr 1933 eine Bürgersteuer in Höhe des fünffachen Landesbetrages. Der Bürgersteuer unterliegen grundsätzlich alle natürlichen Personen, die am 10. Oktober 1932 im Bezirk der Stadt ihren Wohnsitz hatten.

II. Die Bürgersteuer wird von denjenigen unterfallenden Personen, denen für das Kalenderjahr 1933 von der unterzeichneten Behörde eine Steuerkarte ausgestellt worden ist, auf der Steuerkarte angefordert. Von den Personen, die vom Finanzamt für das Kalenderjahr 1931 oder in dem in diesem endenden Steuerabchnitt zur Einkommensteuer veranlagt worden sind, wird die Bürgersteuer durch besonderen Bescheid angefordert. Dies gilt auch für die Personen, die neben dem Arbeitslohn sonstiges Einkommen von mehr als 500 RM. jährlich haben, sofern infolge des sonstigen Einkommens eine höhere Steuer, als sich nach dem Arbeitslohn allein ergeben würde, begründet wird, hinsichtlich des Mehrbetrages an Bürgersteuer, sowie für die Personen, deren Vermögen 10000 RM. übersteigt. Darüber hinaus erhalten auch diejenigen Personen, (die nicht Lohn- oder Gehaltsempfänger sind) besonderen Bescheid, die in 1931 einkommensteuerfrei waren, von denen aber ausgenommen ist, daß sie nicht unter Ziffer IV fallen.

Die Höhe der Bürgersteuer richtet sich grundsätzlich nach dem Einkommen des Kalenderjahres 1931 oder des in diesem endenden Steuerabchnitts.

III. Der Arbeitgeber, in dessen Dienste der Arbeitnehmer am jeweiligen Fälligkeitstage steht, hat bei der nächsten auf den Fälligkeitstag folgenden Lohnzahlung den auf der Steuerkarte vermerkten Teilbetrag der Bürgersteuer vom Arbeitslohn einzubehalten und innerhalb folgender Fristen an die Stadtkasse abzuliefern:

- a) bei Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis 15. eines Monats bis zum 20. des Mts.,
  - b) bei Lohnzahlungen in der Zeit vom 16. bis zum Schluß eines Monats bis zum 5. des nächsten Monats. Die Fälligkeitstage sind in den Steuerkarten angegeben.
- Gemäß § 25 der Bürgersteuerdurchführungsbestimmungen vom 28. 9. 1932 hat der Arbeitgeber für die von ihm einzubehaltenden Beträge und für deren ordnungsmäßige Abführung:
- VI. Von der Bürgersteuer befreit sind Personen, die an dem betreffenden Fälligkeitstage:
  - a) vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert sind,
  - b) Arbeitslosen- oder Krüppelunterstützung empfangen,
  - c) laufend Unterstüzungen aus der öffentlichen Fürsorge erhalten,
  - d) Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung empfangen, wenn ihr gesamtes Jahreseinkommen 900.- RM. nicht übersteigt,
  - e) Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes empfangen,
  - f) ferner die Personen, von denen nach den Verhältnissen am Fälligkeitstage anzunehmen ist, daß ihre gesamten Jahreseinkünfte im Kalenderjahr 1933 den Betrag nicht übersteigen, den der Steuerpflichtige nach seinem Familienstand im Falle der Hilfsbedürftigkeit nach den Richtsätzen der allgemeinen Fürsorge als Wohlfahrtsunterstützung in einem Jahre erhalten würde. Maßgebend für den Familienstand und die Höhe des Richtsatzes sind die Verhältnisse am Stichtage. Diese Befreiungsvorschrift gilt nicht für Personen, deren landwirtschaftliches u. w. Vermögen, Grundvermögen und Betriebsvermögen 5000.- RM. übersteigt.

Die Bürgersteuer wird von Minderjährigen nicht erhoben, die am Stichtag (10. Oktober 1932) das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

V. Auch in den Fällen, in denen die Bürgersteuer durch die Steuerkarte angefordert wird, hat der Steuerpflichtige sie selbst zu entrichten, wenn er an dem Fälligkeitstage in seinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gestanden hat. Das gleiche gilt für Arbeitnehmer, bei denen der Arbeitgeber von der Einbehaltung eines Teilbetrages teilweise (weil wegen Nichtübersteigens der steuerfreien Beträge ein Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht einbehalten ist und deshalb nur der der Hälfte des niedrigsten Landesbetrages der Bürgersteuer entsprechende Teilbetrag vom Arbeitslohn einbehalten wird) oder ganz (weil der Arbeitslohn bei der nächsten auf den Fälligkeitstag folgenden Lohnzahlung die Freigrenze - Richtsätze der allgemeinen Fürsorge nach dem Familienstand - nicht übersteigt) absteht. Es gelten die auf der Steuerkarte angegebenen Fälligkeitstage. Eine Verpflichtung zur Abführung des Teilbetrages der Bürgersteuer besteht nicht, wenn ein Befreiungsgrund (Ziffer IV) vorliegt.

Spangenberg, den 12. Dezember 1932.

Der Magistrat, Stein.